

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,

45468 Mülheim

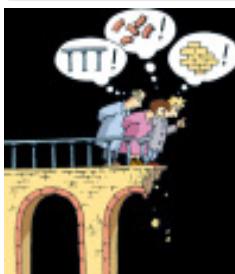
Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim im Sommerloch verschwunden oder gar darin versenkt?



Es ist schwer was faul im Staate südlich von Dänemark, aber nicht nur dort. Die Regierungs- oder sogar Staatskrise im größten und gewichtigsten Land der EU dauert schon bald ein Jahr und ein Ende ist nicht absehbar. Der weitere Zerfall der EU scheint kaum aufhaltbar und die Weltwirtschaft steuert nach und nach in Richtung Rezession.

Den Vogel schießt wieder einmal Mülheim ab, denn hier haben die Selbstzerstörungstendenzen ein bedenkliches Ausmaß angenommen! Mutwillige VHS-Zerstörung, die hochnotpeinliche OB- "Affäre", die Thyssenbrücke, die blinde Bauwut, das Verkehrschaos usw. im Folgenden:

Das Desaster mit der OB- "Affäre": Mülheimer Lust am Untergang!?

Seit Ende Mai geht es in der Mülheimer Medienwelt fast nur noch um die angebliche OB- "Affäre", eine Ende Mai angezettelte SPD-interne Intrige mit dem Ziel, OB Scholten zum Rücktritt zu zwingen. Wie man nach diesem Schmierentheater wieder zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit etwa zwischen OB und den beiden SPD-Dezernenten zurückfinden will, ist unklar. Von Seiten des Kämmerers und seines Kollegen Ernst ist das auch nicht gewollt. Mülheim hat mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in NRW eigentlich ganz andere



Probleme als die Ausschöpfung von Verfügungsmitteln durch den OB. Hier hätte die Stadt nur klare Regeln aufstellen müssen. Nun aber haben wir vier „Königsmörder“ aus den eigenen (SPD-) Reihen, die zusammen mit Herrn Hartmann (früher AfD, heute BAMH) den Rücktritt des OB erzwingen wollen. Und dann?



Bürgerbegehren zum Erhalt der VHS in der MüGa läuft hervorragend!



Seit über eineinhalb Monaten werden Unterschriften gesammelt für das Bürgerbegehren "Erhalt unserer VHS in der MüGa". Anfang Juli waren bereits 7800 im MBI-Büro abgegeben worden, die unvollständigen nicht mitgezählt. Das ist bisher phänomenal!! Es werden ca. 6700 gültige Unterschriften benötigt. Eine Frist gibt es keine. Unterschriften können also weiter gesammelt werden, bringt volle Listen z.B. in der MBI-Geschäftsstelle oder an der Infohütte vorbei oder schickt sie.



Seit dem 18. Juni bis inkl. 14. Juli steht nämlich eine Holzhütte für das Bürgerbegehren auf dem Kurt-Schumacher-Platz vor dem Forum. Die Unterschriften bis dahin sollen voraussichtlich am Fr., dem 13. Juli, eingereicht werden.

Auf den folgenden Seiten:

- PKW-Maut nur wegen der Staus? und Hochhäuser an der 6-Seen-Platte: Duisburger Wahnsinn?..... S. 2
- Heikle und inflationäre Grundstücksverkaufspläne der Stadt, für Stadtentwicklung grundverkehrt!..... S.3
- Mülheim und die Verkehrswende – verschiedene Welten? Oder gar verschiedene Planetensysteme?.... S. 4

Einlegeblatt: OB- "Affäre" als großes Ablenkungsmanöver von den Riesenskandalen in Mülheim!?

Lasst die Mülheimer Bevölkerung entscheiden, ob das denkmalgeschützte VHS-Gebäude am Rande der MüGa in Zukunft wieder als Volkshochschule genutzt werden soll oder ob das Denkmal durch Untätigkeit mutwillig zur Ruine gemacht werden soll!



Glosse: Vorschlag an die Verantwortlichen der Stadt Mülheim:

Werden Sie Teil des großen Filmgeschäfts. Serien wie Big Brother, Dschungelkampf, Frauentausch und insbesondere "Um Himmels Willen" zählen zu Deutschlands Rennern. Die Fernsehwelt wartet nur so auf eine neue Serie "Geschichten aus Mülheim". Melden Sie sich beim Fernsehen. Alle würden profitieren: 1.) Die Akteure könnten sich noch mehr ausleben, denn im Film kann man das Gesicht nicht verlieren - das geschieht nur in der Realität, 2.) Der Bekanntheitsgrad wächst, 3.) Das (Wahl)Volk hätte Spaß, 4.) Geldeinnahmen würden fließen. 5.) Alles kann so weitergehen. Ein richtiger Selbstläufer.

PKW-Maut für alle, nur wegen der Staus?

Bei vielen teils sehr langen Baustellen auf deutschen Autobahnen hat man den Eindruck, sie seien künstlich eingerichtet, nur um Staus zu erzeugen (ganz unabhängig davon, dass ein Überangebot an Baken zu existieren scheint, was aufgestellt werden will). Das ganze macht aber einen gewissen Sinn, wenn man den FAZ-Artikel liest, der ganz offen eine Straßenbenutzungsgebühr (Maut) zur Lösung der Stauprobleme fordert !



Da fällt einem ein, dass darüber und über die **geplante Privatisierung von Autobahnteilen** über ÖPP (Öffentlich-Private "Partner" schaft) lange Stillschweigen herrschte, seit vor genau einem Jahr u.a. dafür die größte Grundgesetzänderung in der Geschichte der Bundesrepublik von Bundestag und -rat im Schweinsgalopp noch schnell vor "Ausbruch" des Wahlkampfs letztes Jahr durchgepeitscht wurde. Weil nach der Bundestagswahl im Sept. real bis heute **nur noch aufgeregtes Durcheinander und vordergründige Orientierungslosigkeit in Deutschlands Politik** vorherrscht,

hat wohl niemand ein heikles Thema wie Autobahnprivatisierung und PKW-Maut mehr thematisieren wollen. Gearbeitet wurde aber an den Plänen sehr wohl, nur hinter den Kulissen. Und jetzt soll die Umsetzung wohl propagandistisch in die Wege geleitet werden, z.B. über einen "Nobelpreisträger" und über Bilder wie in dem FAZ-Artikel, wo der Stau nur aus PKWs besteht. In der Realität aber verstopfen die LKW-Fluten die Autobahnen am gravierendsten.

Auch die momentanen Änderungen bei der LKW-Maut hängen sicherlich mit dem Gesamtmautprojekt "Maut für alle", und zwar über privatisierte Autobahnteile, zusammen. Ein klareres Bild bekommt man aber nicht, weil die Öffentlichkeit nur sehr bruchstückhaft mit Informationen versorgt wird.

FAZ 11.06.2018: **"FÜR STRASSENNUTZUNG ZAHLEN: So könnte der Verkehr der Zukunft gesteuert werden - In Deutschland herrscht auf vielen Straßen Dauerstau. Was müsste sich ändern? Schon vor langer Zeit hat ein Nobelpreisträger einen Vorschlag gemacht. Nun erlaubt neue Technik, damit Ernst zu machen. ... Wenn die Autofahrer Preise für die Straßennutzung zahlen müssen, die die Kosten ihrer Fahrentscheidung für andere reflektieren, dann werden Staus eliminiert."**

Hochhäuser an der 6-Seen-Platte: Duisburger Wahnsinn?

Siebenstöckige Gebäude am Süd-Ende der 6-Seen-Platte rund um Wasserturm und Ufer-Promenade sollen als "städtebauliche Akzente" dienen. Die einen - die Bürgerinitiative "Uferretter" - sprechen von Hochhäusern am See, die anderen - die Planer - von einem städtebaulichen Vorzeigeprojekt und nennen das Großprojekt beschönigend "Gartenstadt".



Heikle und inflationäre Grundstücksverkaufspläne der Stadt, für positive Stadtentwicklung grundverkehrt!

Kürzlich erreichte die MBI ein Schreiben, das „an die Fraktionen des Rates der Stadt“ adressiert war. Es geht darin um die Gärten an der Gertrudstr. am Rande des Hexbachtals. Dies ist bereits das mindestens zehnte, in dem betroffene Bürger sich aufregen, weil Ihnen das Umfeld oder die letzten Refugien wegverkauft und zugebaut werden sollen. Etliche Zeitungsartikel wie zum Schlippenweg, zum Friedhof Holthausen, zum Peisberg oder zu den Gärten an der Holzstr. (Bild rechts in der WAZ), an der Beckstadtstr. usw. beschäftigten sich bereits intensiv mit den Problemen.



Die „expansive“ Flächenpolitik der Stadt und die häufige Genehmigung von fantasielosem Bauen beschleunigen insgesamt nur die bereits überhitzte Immobilienpekulation und fördern zusätzlich die drohende Immobilienblase.

Vorab die grundsätzliche Haltung der MBI zu dem von der Stadt geplanten Verkauf von Grundstücken im großen Stil: **Unabhängig von der Frage, ob bestimmte noch städtische Grundstücke überhaupt bebaubar werden können sollten, halten die MBI die jetzigen Pläne und Vorhaben für grundverkehrt.**

- ◆ Wenn eine Kommune auch in Zukunft in einem zentralen Punkt wie dem Wohnungsmarkt handlungsfähig bleiben will, darf sie ihre Grundstücke nicht nach und nach alle veräußern.
- ◆ Sie darf ihre Liegenschaften nur per Erbbaupacht vermieten, wenn sie Einfluss behalten oder nehmen will z.B. wenn die Mieten explodieren, wie das z.Zt. in vielen Städten der Fall ist. Eine zusätzliche Bebauung auf jetzigen städtischen Freiflächen könnte nur mit Erbbaupacht auch dauerhaft ausgleichend und sozial abfedernd genutzt werden. Wenn mal wieder eine Notlage entsteht wie etwa 2015/16 mit vielen Flüchtlingen, egal woher und warum (könnte ja auch eine Atomkatastrophe in Belgien oder ein GAU im Bayerwerk Ürdingen oder Leverkusen sein), ist die Stadt zudem erpressbar, wenn sie selbst kaum noch Möglichkeiten hat, weil alle verhökert.

Nicht genug mit den bereits getätigten oder noch bevorstehenden Verunstaltungen sowie Zerstörungen im Stadtbild. Dann wurden in geheimen Mauschelrunden aus 47 Frei- und Grünflächen der Stadt diejenigen festgelegt, die zum Verkauf für weitere Bebauung verhökert werden sollen. Das ganze wurde dann einzig in einer Ratssitzung durchgewunken, ohne Beteiligung der Fachausschüsse, ganz zu schweigen von betroffenen Anwohnern, Umweltschützern oder wem auch immer.

Selbst wenn in Zukunft dafür gesorgt würde, dass ähnlich fantasielose Bauten wie an der Friedhofstr. oder der Ruhrstr., nun auf dem ex-Kaufhofgelände oder, oder ... nicht mehr ermöglicht würden (was in Mülheim aber anscheinend so wahrscheinlich ist wie eine 6 im Lotto), lehnen die MBI das gesamte Vorhaben, das Mitte Mai in der WAZ erstmals dargelegt wurde, rundherum ab, denn

- 1.) Kann man mit derartiger Vorgehensweise auf die gesamte Demokratie verzichten, was eigentlich in Deutschland nicht wieder der Fall werden sollte.
- 2.) Wird der an die Wand gefahrene Haushalt der Stadt so ganz sicher nicht saniert werden können.
- 3.) Wird die sich aufbauende nächste Immobilienblase durch die städtischen „expansiven“ Grundstücksverkäufe deutlich beschleunigt und künstlich weiter aufgebläht
- 4.) Verliert die Stadt immer mehr Urbanität im Sinne von dem in Mode gekommenen Beklagen des Verlusts von Heimat

Wer auch immer die WAZ im Mai informiert hatte über das „Geheimtreffen“ – die MBI waren es absprachegemäß nicht: Dennoch: Es ist gut und begrüßenswert, dass die öffentliche Diskussion über diesen nächsten Irrweg der „Stadt“ (bzw. wer sich dafür hält) damit eröffnet wurde!



Im Bild links z.B. das Gelände am Schlippenweg, am Rande des Naturschutzgebietes, hinter der Rembergsschule nahe der Zeppelinstr. und im Anstrom des Rumbachtals. Ähnlich problematisch sind auch die erneuerten Pläne am Waldrand am Lösweg, mit der Gartenanlage an der Holzstr. am Rande des Steinbruch Rauen, mit den Grabelandflächen Gertrudstr. am Rande des Hexbachtals usw., von dem Rennbahngelände am Raffelberg ganz zu schweigen!

Mülheim und die Verkehrswende – zwei verschiedene Welten? Oder gar zwei verschiedene Planetensysteme?

In der letzten Juniwoche hat der Deutsche Städtetag eindringlich eine überfällige Verkehrswende und dafür viel mehr Geld aus Berlin angemahnt. Mehr als die wenig sinnvolle und aufgesetzte Dauerdiskussion um Dieselfahrverbote muss dafür der öffentliche Nahverkehr verbessert werden. Von allen Metropolregionen ist der ÖPNV am schlechtesten im Ruhrgebiet mit seinen 27 Kirchturmsverkehrsgesellschaften und Einzellegoismen jedes „Stadtteils“ der Ruhrstadt „Spitze“ auch dabei Mülheim/Ruhr, die kleine Großstadt mitten zwischen den größeren Großstädten. Hier wird fast alles falsch gemacht, zumindest wenn man die anerkannten Maßnahmen überfällige Notwendigkeit einer Verkehrswende im Sinn hat! Neueste Beispiele aus der Skandalstadt: Taktzeiten verlängern und chaotisieren (s.u.). Weitere Straßenbahnlinien (nun auch noch den Kahlenberggast) stilllegen wollen, dafür für Heidengeld Elektrobusse anschaffen. Anders ausgedrückt: Die bestehende Elektromobilität der StraBas legen wir für viel Geld still und schaffen uns für noch mehr Geld andere e-mobility an, von der wir zudem nicht einmal wissen, ob sie bereits ausgereift und auf Dauer tauglich sein wird.

Das alles nennt man einen selbst produzierten Verkehrsinfarkt in Verbund mit finanziellem Bankrott

Die Abwärtsspirale ist vorgezeichnet: immer schlechtere ÖPNV-Anschlüsse, dadurch immer weniger Fahrgäste, mit dieser Begründung noch schlechtere Verbindungen und so weiter bis zur totalen Abschaffung des ÖPNV und zum totalen Verkehrskollaps. Um das mit Sicherheit bei der Mülheimer Verkehrs“strategie“ vorherzusagen, braucht man kein Verkehrsexperte zu sein! Mit diesem Irrweg wird der PKW-Verkehr nur noch vergrößert, was dann wieder neue Gutachten erforderlich macht uswuswusf.....

Lieber Herrgott oder auch Fraugott, lass Hirnzellen regnen, und zwar auch ins Mülheimer Rathaus sowie in die ein oder andere Parteizentrale der Stadt!

Übrigens: Die neue Ruhrbahn ist bekanntlich die gemeinsame ÖPNV-Gesellschaft von Essen und Mülheim. In Mülheim wird der Takt verringert (s.u.) und in Essen ausgebaut. Irgendwas ist daran seltsam, oder?

WAZ 26.6.18: **„Nahverkehr: Stadt will auf mehreren Bahnlinien keinen kürzeren Takt“**

Mülheim. Fahrgastzählungen zeigen, dass auf den Linien 102, 104 und 112 eine kürzere Taktung nicht nötig ist. Die E 26 nach Mintard steht auf der Kippe.

Auf den Strecken der Linien 102, 104 und 112 bleibt es bei einem 15-Minuten Takt. Lediglich auf der Linie 102 soll im Frühverkehr zwischen 6.45 und 8.30 Uhr jede zehn Minuten eine Bahn verkehren. Das hat jetzt der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität gegen die Stimmen von MBI und Grünen beschlossen.

Auf allen drei Linien hatte die Stadtverwaltung im zweiten Halbjahr 2017 Verkehrszählungen durchgeführt. Die Mülheimer Bürgerinitiativen (MBI) äußerten Zweifel an den Zahlen und kritisierten die Verschlechterungen aus Sicht des Fahrgastes: „Was haben die Fahrgäste mit der schlechten Finanzlage der Stadt zu tun“, fragte Gerd-Wilhelm Scholl, Nahverkehrsexperte der MBI.

Et kommt knüppeldick: Auch die ÖPNV-Direktvergabe droht zu scheitern, doch die Politik prüft lieber Weinverzehr des OB!

EU-Recht verletzt? Stadt und VRR gehen vor das Oberverwaltungsgericht. Ein langer Streit droht. Damit ist keineswegs mehr sicher, dass es auf allen Linien auch in Zukunft die Ruhrbahn mit ihren Fahrern sein wird. Die Vergabekammer in Münster hat jetzt, nach Beschwerden von drei Busunternehmen, die Direktvergabe der Strecken an die Ruhrbahn abgelehnt mit Verweis auf EU-Recht. **Was das noch an weiterem Chaos für die geschundene Stadt Mülheim bringen kann, ist schwer abzuschätzen, aber enorm!**

Duisburger Verkehrsbetrieb erweitert "myBus"-Angebot

Eine gute Nachricht gibt's für Duisburger Nachtschwärmer: Ab sofort können sie nach dem Konzert oder der Disco noch einfacher und flexibler mit dem ÖPNV nach Hause kommen. Denn die DVG hat ihr Angebots "MyBus" um sieben Stadtgebiete erweitert. MyBus ist ein Kleintransporter für fünf Fahrgäste, den man am Wochenende ähnlich wie ein Taxi per App an die Tür bestellen kann. Für 3,20 Euro fährt er den Gast bis zum gewünschten Ziel. Bisher gab es den "Bus von Tür zu Tür" nur für den Bereich Stadtmitte.

OB-“Affäre” als großes Ablenkungsmanöver von den Riesenskandalen in Mülheim?

Chaos pur, in Mülheim a.d. Ruhr? Oder: Warum die reiche und liebenswerte Stadt einen rasanten Niedergang erlebt

Keine 100 m entfernt von den Lokalredaktionen von WAZ, NRZ und Mülheimer Woche entfernt befindet sich seit dem 18. Juni die Infohütte zum Bürgerbegehren „Erhalt unserer VHS in der MüGa“. Der Zulauf bisher war riesig und viele Unterschriften konnten gesammelt werden. **Der Versuch der VHS-Zerstörung ist ein Riesenskandal, der sehr großen Schaden für die Stadt bereits angerichtet hat**, sowohl für die zentralen Pflichtaufgaben der Stadt bzgl. Integration der vielen Zuwanderer, als auch für den ebenfalls fundamental wichtigen Bereich der Weiterbildung, aber auch für wichtige kulturelle und politische Beteiligung der Mülheimer Bevölkerung. Dennoch fand kein Redakteur der Lokalmedien es für notwendig, die Woche über einmal vorbeizuschauen, um berichten zu können, wie denn das Bürgerbegehren läuft! Warum auch?

Die VHS-Zerstörung ist auch ein neues und gleichzeitig unnötiges sowie unverantwortliches Finanzabenteuer der ansonsten in den Bankrott getriebenen Stadt. Im überregionalen (nicht dem lokalen!) Teil der WAZ vom 23. Juni stand der Artikel „**Städte machen 2017 weniger Schulden – Auch im Ruhrgebiet sinkt die Kreditlast**“. Darin sind in einem Diagramm der Bertelsmann-Stiftung für 15 Ruhrgebietsstädte die Pro-Kopf-Verschuldung und deren Veränderung von 2016 auf 2017 dargestellt. Nur 3 Revierstädte weisen eine Zunahme auf: Herne und Bochum mit je +1,8% und einsame Spitz Mülheim mit +5,5%. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung hat Mülheim mit 9665 €/Kopf inzwischen auch Oberhausen mit 9002 €/Kopf und 1% Verringerung deutlich hinter sich gelassen. Der

 NRW-Durchschnitt liegt bei 3447 €/Kopf, Herne nun bei 5096 und Bochum bei 4970 €/Kopf – Bottrop, die oft belächelte Stadt, mit 2811 €/Kopf sogar deutlich unter NRW-Durchschnitt! **Noch Fragen? Besser nicht, scheint man/frau in den Lokalredaktionen zu denken.**

Der „alte“ Mülheimer Kämmerer Bonan wechselte vorzeitig zum mehrfach besser bezahlten Job als ÖPNV-Chef, obwohl kein ausgewiesener ÖPNV-Fachmann. Der „neue“ Kämmerer Mendack, ebenfalls kein Experte für seine jetzige Tätigkeit, wurde ohne richtiges Auswahlverfahren heim nach Mülheim geholt, schließlich war er vorher der Referent von Frau OB Mühlenfeld, in deren Ära Mülheim zur deutschen Stadt mit dem höchsten Verschuldungstempo gemacht wurde! Doch auch städtebaulich hinterließ sie 2015 einen großen Scherbenhaufen, als sie selbst nicht wieder antreten wollte, aber unbedingt im erlauchten RWE-Aufsichtsrat verbleiben wollte und verblieb.

Nachfolger wurde der SPD-Parteikollege Scholten, der sich bei recht niedriger Wahlbeteiligung gegen den CDU-Kandidaten Österwind durchsetzte, auch weil die CDU nichts wirklich anders machen wollte als „wie gehabt“, denn sie war im Jahrzehnt davor an fast allen Fehlentscheidungen mit beteiligt gewesen.

Vorgänger von Mendack als Referent von OB Mühlenfeld war Herr Ernst, der 2008 „alternativlos“ zum Sozial-, Bildungs- und Sportdezernenten aufstieg. Als OB-Referent hatte er sich die Stadtkanzlei als quasi-Nebenministerium geschaffen, die dann nach seinem Aufstieg mehr und mehr in die Bedeutungslosigkeit versank. Obwohl selbst nur durch die VHS erst zur Karriere befähigt, entwickelte er sich als Bildungsdezernent zum aktivsten und radikalsten Gegner der beliebten VHS in der MüGa, warum auch immer.

In der sog. Flüchtlingskrise war er federführend beteiligt, um Mülheim zur Muster- und Pionierstadt für Flüchtlingsbetreuung zu machen. Mit der Regierung Kraft, ebenfalls



Mülheimerin, im Rücken gelang dies ansatzweise mit sehr viel Landesunterstützung, allerdings mit schweren Beeinträchtigungen der kommunalen Demokratie und bei regelrechten Maulkörben für viele Beteiligte in z.B. Schulen, Migrantenorganisationen oder beteiligten Firmen der Sozialindustrie. Die automatischen Folgeprobleme jeder Massenzuwanderung besonders aus vielen verschiedenen Kulturkreisen sind auch in Mülheim dennoch kaum zu übersehen, doch schaffte Macher Ernst mit großer Unterstützung von Lokalmedien, Verwaltung und Mehrheit der Politik es meist, ein vermeintlich harmonisches Bild entstehen zu lassen, bei dem reale Probleme fast immer verschwiegen, verniedlicht oder weggedeutet wurden und indem Kritiker oder Fragesteller diffamiert wurden. Dennoch türmen sich die Problemlagen Stück für Stück und kaum vermeidbar weiter auf. So hatte man z.B. in der auslaufenden Hauptschule Bruchstr. 6 reine Flüchtlingsklassen für Sek. I installiert Nun müssen diese aufgelöst werden und die Schüler auf Regelschulen verteilt werden. Die aber sind häufig bereits überfordert mit den vielen Seiteneinstiegern, d.h. Sprach- und kulturelle Probleme in bereits übervollen Schulen vornehmlich in Primar- und Sekundar I-Bereich. Danach werden viele in den Berufsschulen geparkt, die in nicht allzuferner Zukunft ebenfalls überfordert sein werden. Eine geordnete Schulentwicklungsplanung bei explodierenden Schülerzahlen ist nirgends zu erkennen, zumal die meisten der z.Zt. 1200 Seiteneinstieger noch länger mit Sprach- und Integrationsproblemen zu kämpfen haben werden. In der Bruchstr. finden dann die Sprachkurse für Zuwanderer statt, weil die bewährte VHS nicht wieder geöffnet wird und die für 3 Millionen Euro für "5 Jahre als Interimslösung" angemieteten Aktienstr. dafür zu klein ist. **Chaos pur** Hinzu kommt beim Desaster mit der mutwillig geschlossenen Volkshochschule, dass nur noch bedingt und höchstens notdürftig pflichtmäßig die Mammutaufgabe der Integration bewältigt werden kann, was von der VHS vor der überfallartigen Schließung im letzten September vorbildlich und gut bewerkstelligt wurde. Zu den o.g. Problemen kommt noch ein riesengroßes ÖPNV-Desaster und ein beispielloser Baustellen-Irrsinn hinzu, von teuren „Pannen“ wie dem Neubau der Thyssenbrücke, die nicht ganz auf die Pfeiler passt, ganz zu schweigen.

Kurzum und bereits bis dahin: Ein großes Durcheinander in der Stadt, die mit die besten Voraussetzungen aller Ruhrgebietsstädte hatte mit stets relativ niedriger Arbeitslosigkeit, einer robusten, diversifizierten Wirtschaft und einem Durchschnittseinkommen in der NRW-Spitzengruppe.

Was aber unternahm „die Stadt“, um die Probleme anzugehen, denn immerhin befindet sich Deutschland noch im Wirtschaftsboom, bei absolutem Niedrigzins aller Zeiten und mit jahrelang sprudelnden Steuereinnahmen?

- 1.) Der Kämmerer verfügte im Februar eine Ausgabensperre, weil erkennbar ist, dass auch der Etat 2018 trotz vieler Millionen durch den sog. „Stärkungspakt“ des Landes hoch defizitär und eigentlich nicht genehmigungsfähig sein wird. Welche Ausgaben aber wirklich gesperrt wurden, ist bis heute, Anfang Juli, absolut nicht erkennbar. Ununterbrochen werden z.B. auch neue Stellen geschaffen uswusf.....
- 2.) Dann legte er auch noch ein riesiges Flächenverkaufsprogramm auf, was in vielen Punkten nicht umsetzbar sein wird, städtebaulich meist schädlich oder kontraproduktiv ist und vor allem fast überhaupt nichts zur Haushaltssanierung beiträgt. Mehr auf S. 3.

Nicht zu vergessen in dem Zusammenhang: Hintergrund der skandalösen VHS-Schließung ist die Absicht, das Denkmal der VHS bewusst vergammeln zu lassen, um es in Zukunft abreißen zu dürfen, damit das hoch attraktive VHS-Grundstück in der MüGa neben dem Schloss verhökert werden kann. Ein Riesenskandal!

Das Fass von Demokratie- und Stadtzerstörung endgültig zum Überlaufen brachte dann die aufgebauschte sog. OB-“Affäre”:

In den lokalen und überregionalen Medien inkl. der Bildzeitung ist Mülheim seit Ende Mai in die Schlagzeilen geraten. Skandalöses gibt es reichlich in Mülheim, doch dieser Skandal, die angebliche OB-Affäre, ist gar keiner wirklich, sondern eine ziemlich abstoßende Intrige innerhalb der Mülheimer SPD. Und das auch noch losgetreten, als der OB nach einer Operation noch krank geschrieben war und gleichzeitig den Tod seiner Ehefrau verkraften musste.

Die zentralen Rollen in dem Mülheimer Schmierentheater spielen neben Spliethoff und Schindler aus der SPD-Fraktion die beiden SPD-Dezernenten Mendack und Bildungs- und Sozialdezernent Ernst, also genau die beiden SPD-Dezernenten, welche die ebenfalls hochgradig bedenkliche Zerstörung der beliebten und gut funktionierenden Mülheimer Volkshochschule (einst eine der allergrößten und immer hoch gelobten Errungenschaft der Mülheimer SPD) systematisch und ziemlich rücksichtslos betrieben und betreiben!

Das sehr erfolgreich angelaufene Bürgerbegehren für Erhalt und Wiedernutzung der VHS befürworten zwar viele Bürger, doch für die Lokalmedien und einen Großteil der Lokalpolitik scheint das nebensächlich zu sein, so lange man mit der OB-„Affäre“ ein ganz großes Dauer-Ablenkungsmanöver betreiben kann. Widerlich!

Fazit frei nach Heinrich Böll:

„Wanderer kommst Du nach Mülheim, gib Vernunft und Verstand besser an der Stadtgrenze ab!“